



„... und an Jesus, dass er uns Stimmen gegeben hat.“

SELK: Ökumenischer Jugendchor Tarmstedt mit neuer CD

Tarmstedt, 15.12.2001 [selk]

Wie kompliziert aber auch spannend es ist, ein Album in einem Tonstudio aufzunehmen, erfuhren die 50 Mitglieder des aus der Salemsgemeinde der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) hervorgegangenen ökumenischen Jugendchors Tarmstedt (bei Bremen) bei den Aufnahmesessions zu ihrem neuen Album, das nun rechtzeitig zu Weihnachten auf dem Markt ist.

Nach den erfolgreichen Konzerten in den vergangenen beiden Jahren war es an der Zeit, die beliebtesten Stücke auf CD einzuspielen und somit den vierten Longplayer aufzunehmen. Im April dieses Jahres wurde der Wunsch konkreter und die Planungen begannen. Die Chormitglieder um Leiter Wolf Warncke stimmten gemeinsam ab, welche Konzert-Songs auf dem Album vertreten sein sollten.

Heraus kam eine CD mit 24 bunt gemischten Titeln. Den Schwerpunkt bilden christliche Pop-Arrangements. Aber auch Spirituals, afrikanische Songs und klassische Kompositionen finden sich auf dem Album wieder.

Ende Oktober konnte mit den Aufnahmen in einem Studio in Osterholz-Scharmbeck begonnen werden. Zuerst wurden anderthalb Tage die Instrumente eingespielt. Dann traf sich der gesamte Chor zum Soundcheck im Studio. An einem einzigen Samstag wurden in rekordverdächtiger Zeit alle 24 Titel eingesungen. „Dies war nur möglich, da wir erst drei Wochen zuvor die ‚Heiter bis Wolzig‘-Tour beendet hatten und die Songs noch alle präsent waren“, erklärt Chorleiter Wolf Warncke. Nachdem noch weitere Instrumente aufgenommen worden waren, konnte die CD schließlich abgemischt werden.

Es war eine vollkommen neue Erfahrung für den Chor, mit der geballten Technik eines professionellen Tonstudios Lieder aufzunehmen und zu bearbeiten. Dies schlägt sich sowohl in der Qualität von „Heiter bis Wolzig“ als auch in den Kosten der CD wieder. Die CD kann für knapp 25 Mark direkt bei den Chormitgliedern oder beim Verlagshaus Harms in Groß Oesingen (Harms@lutheraner.com) erworben werden. Nur mit Hilfe des im Raum der SELK beheimateten Verlagshauses konnte das ehrgeizige Projekt realisiert werden. 1000 Exemplare der CD wurden angefertigt.

Doch die Pressung erwies sich als letzter kleiner Stolperstein. Da einige Urheberangaben bezüglich der eingespielten Stücke fehlten oder nicht richtig waren, verweigerte die GEMA (Gesellschaft für Musikalische Aufführungs- und Mechanische Vervielfältigungsrechte) in München die Freistellung der fertigen CDs. Nach einigen längeren Telefonaten wurde dann aber schließlich doch die Freigabe erteilt.

Damit die neue CD jedoch pünktlich zur Release-Party in Tarmstedt vorgestellt werden konnte, musste Chormitglied Burkhard Müller wie so oft in den vergangenen Wochen und Monaten ein weiteres Mal mit seinem Wagen für das Projekt „Heiter bis Wolzig“ auf die Straße und die CDs direkt beim Presswerk abholen. Aber auch Müller stimmte seinen Kollegen zu: „Die Mühen haben sich gelohnt. Das Album ist das beste in der Chorgeschichte geworden.“

In dem Beiheft zur CD fehlen die obligatorischen und mit dem üblichen Hauch von Insider-Exklusivität behafteten Dankadressen nicht. Dort findet aber auch Niederschlag, was den längst bewährten Jugendchor Tarmstedt (<http://www.jugendchor-tarmstedt>) leitet: nicht nur christliche Lieder zu singen, sondern sie mit einem eigenen geistlichen Anspruch zu vertreten und dadurch einladend zu verkündigen: „Dankeschön an alle, die an dieser CD mitgewirkt haben: ... und an Jesus, dass er uns Stimmen gegeben hat.“

S-I

Ausdrucksstark im Dienst der christlichen Botschaft

SELK: Collegium vocale unter Chorleiter Buyken überzeugte mit „Messias“

Neukirchen-Vluyn, 19.12.2001 [NRZ/selk]

Kaum jemand wird sich erinnern können, Georg Friedrich Händels „Messias“ in Region Niederrhein so perfekt musiziert gehört zu haben wie am dritten Adventssonntag in der Evangelischen Dorfkirche Neukirchen. Allerdings durfte man es genau so nach den herausragenden Leistungen der vergangenen Jahre („Johannes-Passion“, „H-Moll-Messe“) erwarten; denn das Collegium vocale der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) unter seinem Chorleiter Hans-Hermann Buyken, Kamp-Lintfort, bürgt für eine Chorgesang-Kultur, die ihresgleichen so schnell nicht findet.

Die enorme Ausstrahlung des Chores gründete wieder auf höchster Konzentration und vorbildlich sicherer Intonation, um nur zwei von zig Tugenden, gültig für alle Stimmgruppen, zu nennen. Ein seltenes Glück, so viele frische junge Stimmen zu hören! – Buyken wusste auch, dass er sich auf sein Stamm-Orchester verlassen kann, das „Collegium instrumentale Rhein/Ruhr“ mit seiner Konzertmeisterin Joana Becker; besonders beeindruckend und anrührend-innig die von ihr mitgestaltete Sopran-Arie „Ich weiß, dass mein Erlöser lebet“.

Sopranistin Susanna Risch sei, so hieß es pflichtgemäß vor dem Konzert, virusbedingt leider etwas indisponiert. Umso erstaunlicher ihre mühelosen Koloraturen selbst bei zügigem Tempo! Für den erkrankten Gerd Grochowski musste kurzfristig ein anderer Bassist einspringen. Sonst fügt man sich in einem solchen Fall einfach nur ins Unvermeidliche, aber hier wusste man am Ende wahre Professionalität zu schätzen – beim niederländischen Bassisten Paul Bindel. Profis unter sich bei der Bass-Arie „Sie schallt, die Posaun“ mit Trompeter Jürgen Schuster (auch einer von Buykens Stamm- und Bestbesetzung).

Ausdrucksstark stellte Hajo Ritzerfeldt seinen makellosen lyrischen Tenor in den Dienst der Verkündigung der christlichen Botschaft (worauf es Buyken neben allem Höchstmusikantischen immer besonders ankommt), und Altistin Julia Oesch als vierte im vortrefflichen Solisten-Bunde: Wunderbar angenehm ihr Timbre, unvergesslich ihre Arie „Er ward verschmähet“.

Hans-Hermann Buyken bei seinem Dirigat zu beobachten bedeutete, das Werk zu verstehen. Beinahe unmerklich legte er bei einigen Chorsätzen den Taktstock beiseite: Gestik forderte das Collegium vocale zu textlicher Ausgestaltung. Wie sehr mochte hier an den Tempi gefeilt worden sein! Bei aller Klangdichte musikalische Strukturen transparent werden zu lassen, dazu bedarf es jener Kenntnis, die wir bei Buyken von Johann Sebastian Bach her kannten und nun bei Händels „Messias“ wiederfanden. – Begeisterter Applaus, Ovationen und ein Versprechen an Neukirchen-Vluyn: „Das Collegium vocale der SELK kommt wieder!“

Günter Metzner/S-I

SELK-Gemeinde zapft die Sonne an

Solarenergiegewinnung in Steinbach-Hallenberg

Steinbach-Hallenberg, 26.12.2001 [selk]

„Zur Gemeindeversammlung am Erntedankfest im Jahr 2000 kam im Zusammenhang mit der erforderlichen Dachsanierung des Kirch- und Gemeindehauses der Gedanke auf, sich mit den Möglichkeiten der Solarenergiegewinnung zu beschäftigen.“ – Ernst-Georg Holland-Moritz von der Zionsgemeinde der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) in Steinbach-Hallenberg erinnert sich noch sehr genau. Er gehörte der Kommission an, die damals eingesetzt wurde, um alle Möglichkeiten der Förderung und Realisierung der Solarenergiegewinnung zu prüfen. Das Hauptproblem habe in der terminlichen Harmonisierung der Fördermöglichkeiten mit den handwerklichen Leistungen und Lieferbedingungen im Zuge der Dachsanierung bestanden. Neben diesen organisatorischen und finanziellen Hürden sei es auch darum gegangen, die Kritiker von der ökologischen und ökonomischen Notwendigkeit zu überzeugen. „Heute sind im Zuge der Dachsanierung eine Photovoltaikanlage von 48,4 Quadratmetern Fläche mit einer Leistung von 6,6 Kilowattpeak und eine Solarthermieanlage von 21 Quadratmetern Kollektorfläche installiert“, berichtet Holland-Moritz nicht ohne Stolz: „Ein Jahr nach Freischaltung der Anlage können wir, so Gott die Sonne scheinen lässt, einen Eintrag von circa 4.000 Kilowattstunden erwarten. Eine Kilowattstunde wird von dem Energieversorgungsunternehmen mit mindestens 99 Pfennigen vergütet. Bei der Solarthermieanlage kann man pro Quadratmeter Kollektorfläche mit einem jährlichen Eintrag von mindestens 525 Kilowattstunden Wärmeenergie rechnen. Also etwa 11.000 Kilowattstunden für die gesamte Anlage. Ein 1.000 Liter Solarboiler speichert die Wärme zur weiteren Nutzung.“

Die Zionsgemeinde habe viel zu danken, so Holland-Moritz, für die große Spendenbereitschaft in der eigenen Gemeinde ebenso wie für die finanzielle Unterstützung durch das Thüringer Wirtschaftsministerium und durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt. Vor allem aber, so weiß man in der Zionsgemeinde, gelte der Dank „unserem Schöpfer des Himmels und der Erde. Er ist der Urheber der Sonne. Er ist auch der Urheber der offenen Spenderhände und der gefalteten Hände“. Hierzu passe das Bibelwort aus Psalm 84: „Gott der Herr ist Sonne und Schild, der Herr gibt Gnade und Ehre. Er wird kein Gutes mangeln lassen den Frommen. Herr Zebaoth, wohl dem Menschen, der sich auf dich verlässt!“

S-I

Seelsorgerliche Dimension der Liturgie

Liturgische Kommission tagte in Oberursel

Limburg, 16.12.2001 [selk]

Über den Wortlaut der Berufungsurkunde für Pfarrer beriet die Liturgische Kommission der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) auf ihrer jüngsten Sitzung in Oberursel (bei Frankfurt am Main). Ergebnis war eine Straffung des Textes und eine Anpassung an den heutigen Sprachgebrauch. Die Kirchenleitung der SELK hatte das liturgische Fachgremium der Kirche zunächst mit der Revision beauftragt, um die Kongruenz der Urkunde mit der überarbeiteten Einführungsliturgie zu gewährleisten. Es hatte sich jedoch gezeigt, dass eine Änderung nur der entsprechenden Passagen nicht mehr zum restlichen Duktus passen würde und darüber hinaus eine Überarbeitung des langen Textes wünschenswert war. Die revidierte Berufungsurkunde wurde zwischenzeitlich der Kirchenleitung zugeleitet.

Aufgrund eines weiteren Arbeitsauftrages der Kirchenleitung beschäftigte sich die Kommission mit der Frage von Gebeten für Verstorbene in der Bestattungsliturgie. Wenn auch solche Gebete seit alters in lutherischen Agenden und Gesangbüchern zu finden sind, werden einzelne Formulierungen gelegentlich als problematisch empfunden. Nach Auffassung der Liturgischen Kommission ist hier vor allem die seelsorgerliche Dimension von Liturgie ge-

fragt. Diese müsse auch in den gegebenenfalls zu erstellenden Sonderbestimmungen zur Bestattungsagende zum Ausdruck kommen, hieß es. Die neue Bestattungsagende, die vom Liturgischen Ausschuss der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) erarbeitet worden ist, soll in den nächsten Monaten in den Pfarrkonventen der SELK diskutiert werden.

Weiter beriet die Liturgische Kommission über die Liturgieentwürfe zur Taufe und zur Einführung eines Pfarrers. Beide hatten dem Allgemeinen Pfarrkonvent der SELK im Juni des Jahres in Oberursel vorgelegen und waren dort erörtert worden. Anregungen und Änderungsvorschläge von dort waren zu sichten und teilweise einzuarbeiten. Beide Vorlagen sollen im Frühjahr 2002 von der Kirchenleitung als Erprobungsausgaben veröffentlicht werden.

Aufgrund einer Anregung aus der Pfarrerschaft soll eine Gestaltungshilfe für Gottesdienste mit ausländischen Gästen – etwas aus den USA oder Polen – erarbeitet werden. In diesem Zusammenhang hat sich die Liturgische Kommission dafür ausgesprochen, mit sogenannten „Handreichungen“ die Möglichkeit zu bieten, kurzfristig liturgische Praxishilfen zur Verfügung zu stellen, die nicht einen aufwendigen Meinungsbildungsprozess durchlaufen müssen. Das betrifft beispielsweise eine Handreichung „Kinder am Tisch des Herrn“, die bereits vor einigen Jahren anlässlich eines Synodalbeschlusses zur Erstkommunionfeier herausgegeben wurde, wie auch Veröffentlichungen zu besonderen Tagen und Anlässen (Bibelsonntag, Nationalfeiertag, Israel-Sonntag) bis hin zur Handreichung zum Lektorengottesdienst „Um Christus versammelte Gemeinde“. Solche Veröffentlichungen zeigen die Gestaltungsmöglichkeiten der offiziellen Agenden auf, ergänzen sie an bestimmten Punkten und ermutigen zu einem sinnvollen und kreativen Umgang mit der Liturgie der Kirche. Auch das Beiheft zum Evangelisch-Lutherischen Kirchengesangbuch, das von der Liturgischen Kommission in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kirchenmusik der SELK herausgegeben wurde, ist in diesen Zusammenhang zu erwähnen.

Die Mitglieder der Liturgischen Kommission werden von der Kirchenleitung berufen. Zur Zeit gehören dem Fachgremium Heike Boell, Erdmannhausen (bei Stuttgart) Pfarrer Christian Hildebrandt, Darmstadt, Pfarrer a.D. Peter Matthias Kiehl (Vorsitz), Limburg, Pfarrer i.R. Kirchenmusikdirektor Hermann Otto, Uelzen, Pfarrer Jürgen Schmidt, Kassel, und Superintendent Norbert Rudzinski, Erfurt, an.

S-I

Bischof i.R. Dr. Gerhard Rost: 80. Geburtstag

Erster Bischof der SELK lebt im Ruhestand in Berlin

Berlin, 26.12.2001 [LuKi/selk]

Bischof em. Dr. Gerhard Rost, LL.D., der erste Bischof der 1972 aus verschiedenen Vorgängerkirchen konstituierten Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), wird am 20. Januar 80 Jahre alt. Am 20. Januar 1922 erblickte er in Halle an der Saale das Licht der Welt. Der Sohn eines aufstrebenden Schneiders besuchte das Gymnasium, meldete sich, als der Zweite Weltkrieg ausbrach, als 17-Jähriger zur Wehrmacht, legte schon 1939 das Kriegsabitur ab und kam mit 18 Jahren zur Luftwaffe. Als Funkoffizier wurde er Ausbilder, was ihm nach menschlichem Ermessen das Leben rettete. 1944 heiratete er in Halle seine Frau Ingeborg, geborene Radny, 1945 wurde der älteste Sohn geboren, und zum Kriegsende geriet Rost in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er im September 1948 mit schwerer Tuberkulose entlassen wurde. Nach einer Kur begann der einigermaßen Gene-sende 1949 an der kirchlichen Hochschule in Berlin das Studium der Theologie.

In der Zeit der Gefangenschaft hatte der Mittzwanziger seine Ziele neu abgesteckt, wengleich diese Orientierung doch frühe Wurzeln besaß: Mit frommen Eltern in der altlutherischen Gemeinde zu Halle großgeworden, die in der altehrwürdigen Moritzburg in der Magdalenenkapelle ihre Gottesdienste hielt, dort von Superintendent Wilhelm Brachmann getauft und konfirmiert, reifte in dem Kriegsgefangenen Gerhard Rost nicht von ungefähr der Entschluss, Theologie zu studieren, wenn er denn wieder nach Hause gelangen sollte.

Während der auf die Dreißig Zugehende erst in Berlin und dann in Münster Theologie im Eiltempo studierte, versorgte im zerstörten Berlin seine Ehefrau die wachsende Kinderschar – vier Söhne und eine Tochter wurden ihnen im Laufe der Jahre geschenkt. Nach nur fünf Semestern legte Rost in Berlin 1952 das Erste Theologische Examen ab, war in Wilmersdorf bei Kirchenrat Matthias Schulz Vikar, wurde im April 1954 ordiniert und – nach einem kurzen Pfarrvikariat in Berlin und Münster – zum Wintersemester 1954/55 als Dozent für Kirchengeschichte an die Lutherische Theologische Hochschule der SELK in Oberursel entsandt. Im Dezember 1960 promovierte Gerhard Rost bei Professor Kinder in Münster zum „Dr. theol.“ zu dem Thema „Der Prädestinationsgedanke in der Theologie Martin Luthers“ und wurde 1961 zum Professor ernannt.

Dieser Abschnitt seiner Tätigkeit nahm vorläufig ein Ende, als der Professor (der übrigens im Wechsel mit den damaligen Professoren Oesch, Laabs und Kirsten die Fächer Neues Testament und Homiletik zu betreuen hatte) nach Wuppertal-Elberfeld als Geschäftsführender Kirchenrat gerufen wurde. 1967 war er bereits als Nachfolger von Dr. Walter Günther Präsident des Kirchenkollegiums (Oberkirchenrat) der Evangelisch-lutherischen (altlutherisch) Kirche, versah aber weiterhin wie auch später als Bischof einen Vorlesungsauftrag an der Lutherischen Theologischen Hochschule für Geschichte der lutherischen Freikirchen und Kirchenrecht. Denn – so sagt der emeritierte Bischof bis heute – wenn er auch alle Dienste in seiner Kirche mit großer Freudigkeit verrichtet habe, so sei doch seine größte Freude immer das Lehren gewesen.

Ein wesentlicher Anteil daran, dass der Zusammenschluss der lutherischen Freikirchen 1972 zur SELK gelang, muss dem damaligen Oberkirchenrat zugeschrieben werden. 1973 wurde er dann zum ersten Bischof der SELK gewählt. In seine Zeit als Bischof fiel die Konsolidierung der jungen Kirche, in deren Leben, Ordnungen und auch in die Darstellung nach innen und außen viele Traditionsstränge integriert werden mussten. Bereits 1978 würdigte die theologische Fakultät des Concordia-Seminars der Lutherischen Kirche-Missouri Synode (LCMS) in St. Louis die Leistungen von Bischof Dr. Rost mit dem selten verliehenen Doktor der Rechte (LL.D.).

In Bischof Rosts Zeit geschah auch die Verlegung des Sitzes der gemeinsamen Kirchenleitung nach Hannover (1976). 1985 ging Bischof Dr. Rost aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand (seit seiner Entlassung aus der Gefangenschaft war er zu 45 Prozent kriegsbeschädigt) und ließ sich in Oberursel nieder, um an der Lutherischen Theologischen Hochschule noch für einige Jahre Geschichte der Freikirchen und Kirchenrecht zu lehren. Als Ärzte 1993 bei ihm die Parkinsonsche Krankheit diagnostizierten, war wiederum das Ende eines Abschnitts abzusehen. Seit 1995 lebte Bischof em. Dr. Gerhard Rost mit seiner Frau wieder in Berlin, zuerst in der Nassauischen Straße, direkt neben der Kirche „Zum Heiligen Kreuz“, wo er bereits einmal Vikar war; seit November 2001 bewohnt er ein Appartement in einem Pflegeheim, da sein Gesundheitszustand einen Betreuungsaufwand erfordert, den die Familie nicht mehr erbringen kann. Für Frau Ingeborg Rost, die 1994 die Goldene Hochzeit mit ihrem Mann feiern durfte, bedeutet dies nach den vielen Jahren gemeinsamen Tragens und Beisammenstehens einen tiefen Einschnitt. Dennoch wissen sich beide getragen von dem Psalmwort, das Gerhard Rost all die Jahre begleitet hat und das auch schon auf einem fertigen Grabstein gehauen steht: „Deine Kraft soll mein Trost sein, wie du deinem Knechte zugsagt hast.“ (Psalm 119,76).

Detlef Budniok / S-I

Kommentar

Damm gebrochen

Was in der Wissenschaft möglich ist, wird irgendwann auch umgesetzt. Zum ersten Mal wird der Öffentlichkeit bekannt gegeben, dass embryonale menschliche Zellen geklont worden sind. Die Möglichkeiten für Stammzellenforschung werden hierdurch erweitert.

Wissenschaftler erklären, dass ihre Forschung an Stammzellen nur dazu dienen soll, längerfristig der Gesundheit schwerkranker Menschen zu dienen. Die Ernsthaftigkeit dieses Arguments überzeugt. Sollten sie Erfolg haben, würde das das Leben von vielen Menschen sicher positiv verändern. Bestimmte Krankheiten und Leiden könnten besiegt werden. Wer wollte dagegen argumentieren?

Nur was ist mit dem menschlichen Leben, das im Labor geschaffen wurde und nun zu anderen Zwecken verwendet wird? Die embryonalen Zellen tragen das menschliche Leben, tragen die Persönlichkeit in sich, auch wenn es geklontes Leben ist. Wer schützt dieses Leben? Ist es angemessen, so erzeugtes Leben zu verbrauchen, um anderes Leben zu erhalten und zu verbessern?

Manche argumentieren, dass bei Stammzellen von eigentlichem Menschsein nicht geredet werden kann. Erst die Nidation gebe die Chance zur Entwicklung menschlichen Lebens. Andere sagen, wir müssen in Grenzen auch der deutschen Wissenschaft die Freiheit zum Forschen lassen.

Aber wo liegen diese Grenzen? Politik, Wissenschaft und Gesellschaft tun sich schwer damit, sich auf eine gemeinsame ethische Grundlage zu einigen. Das Einsetzen geklonter embryonaler menschlicher Zellen in einen Mutterleib, was nunmehr möglich scheint, öffnet in der Zukunft den Weg zum geklonten und damit zum vermeintlich idealen Menschen.

Ich plädiere dafür, die Wissenschaftler an ihre Verantwortung, die jeder von ihnen persönlich trägt, zu erinnern – eine Verantwortung für die Risiken, die die begonnenen Experimente in sich tragen. Es ist die Verantwortung für das entstandene und entstehende Leben und seine Verwendung. Es ist auch die Verantwortung für die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft (Problem der Uniformierung).

Als Mitglieder der Kirche sollten wir die Verantwortung vor Gott und seiner Schöpfung betonen. Sicherlich wären auch geklonte Menschen als Geschöpfe Gottes zu achten, denen seine Liebe zuzuwenden ist.

Verfasser des Kommentars ist der Bischof der SELK, Dr. Diethardt Roth, Münchhausenstraße 11, 30625 Hannover

AUS DEM WELTLUTHERTUM

Brasilien: IELB plant Ausbau der Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft

Brasilianische Lutheraner konsultieren Partner weltweit

Bochum, 29.11.2001 [selk]

Unter dem Motto „Christus für alle Völker: Gottes Auftrag – Herausforderung der Kirche“ hat der Präses der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Brasilien (IELB), Pfarrer Carlos Winterle, die 57. Synodalversammlung der IELB einberufen. Am Tagungsort Sumaré, SP (etwa 150 km von São Paulo) werden vom 29. April bis zum 4. Mai 2002 etwa 800 Delegierte erwartet. Auf der Tagesordnung steht neben der Wahl des Präses und seiner Stellvertreter die Erklärung der Kirchengemeinschaft mit drei lutherischen Konfessionskirchen, der ICEL (Christliche Evangelisch-Lutherische Kirche von Bolivien), IELA (Evangelisch-Lutherische Kirche von Argentinien) und der ILCA (Lutherische Bekenntniskirche Angolas).

Wegen der Beschlüsse zur Kirchengemeinschaft hat sich Winterle im Vorfeld der Synode jetzt an Partnerkirchen der IELB im Internationalen Lutherischen Rat, darunter die Selbständige Evangelisch Lutherische Kirche (SELK), gewandt, damit diese eventuelle Bedenken frühzeitig anmelden können.

Zur IELB zählen mehr als 200.000 Glieder. Der Internationalen Lutherischen Rat (ILC), zu dem sie wie die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche gehört, ist mit 30 Mitgliedskirchen nach dem Luthertischen Weltbund (LWB) der zweitgrößte weltweite Zusammenschluss lutherischer Kirchen. In ihm arbeiten lutherische Kirchen zusammen, die – anders als viele Gliedkirchen des LWB – Kirchengemeinschaft mit anders lehrenden Kirchen nicht für möglich halten. Der ILC repräsentiert etwa 3 Millionen Lutheraner.

bo

USA: LCMS klärt Verfassungsfragen

Kommission entzieht Beschwerden gegen Kieschnick die Grundlage

Bochum, 13.12.2001 [selk]

Beschwerden zweier Pfarrer der Lutherischen Kirche-Missouri Synode (LCMS) gegen den Präses der LCMS Gerald B. Kieschnick ist durch eine Entscheidung der Kommission für Verfassungsfragen die Grundlage entzogen worden. Beide hatten unabhängig voneinander ihre Beschwerden beim Präses des Bezirks Missouri, James Kalthoff eingereicht.

Pfarrer David Oberdieck kritisierte Kieschnicks Unterstützung für die Teilnahme von Bezirkspräses David Benke am „Gebet für Amerika“ am 23. September im Yankee-Stadion in New York City, Pfarrer Steven Bohler Kieschnicks Mitwirkung in einem „Unionsgottesdienst“ am 19. September bei einem Treffen von Verantwortungsträgern der LCMS und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELCA).

Am 9. Dezember entschied die Kommission für Verfassungsfragen der LCMS, dass nur die Kirchensynode, nicht aber ein Bezirkspräses Aufsichtsfunktionen gegenüber dem Präses der LCMS wahrnimmt. Damit nahm die Kommission eine Grundordnungsauslegung von 1992 wieder auf und revidierte ihre Auffassung aus dem Jahr 1998, wo der Präses der LCMS unter der Dienstaufsicht des Bezirkspräses von Missouri gesehen wurde. Heftige Kritik rief diese Entscheidung von Seiten altmissourischer Kreise hervor. Einer ihrer Wortführer, Jack Cascione sagte, die Missouri Synode sei nun nicht mehr die Missouri Synode. Sie sei mit dieser Entscheidung, in der Pfarrer und Gemeinden das Recht zur Überprüfung von Lehre und Praxis des Präses verloren hätten, zu ihren „Vor-Walther'schen deutschen Wurzeln“ hierarchischen Kirchentums zurückgekehrt.

bo

Süd-Korea: Lutherische Kirche in Korea wählt neuen Präses

Lee Hong Youl übernimmt Amt von Song Huh

Bochum, 30.11.2001 [selk]

Pfarrer Lee Hong Youl wurde am 22. Oktober als Präses der Lutherischen Kirche in Korea (LCK) eingeführt. Er übernimmt als vierter Präses der LCK dieses Amt von Song Huh. Der 1985 ordinierte Youl (47) war von 1984-1989 Dozent am Luther-Seminar in Seoul. Er ist Autor einer Reihe von Büchern zu Gemeindepraxis und Pastoraltheologie, darunter „Haushalterschaft“ und „Liebe pflanzen, Reichtum ernten“.

Neue Gemeinden zu pflanzen und die LCK in ihrer örtlichen Missionsarbeit zu stärken, sieht Youl als die besonderen Herausforderungen der näheren Zukunft.

Die gut 3.000 Glieder umfassende LCK, die aus einer 1958 begonnenen Missionsarbeit der Lutherischen Kirche-Missouri Synode (LCMS) hervorgegangen ist, zählt seit 1971 zu den Partnerkirchen der LCMS. Seit 1972 gehört sie dem Lutherischen Weltbund an, ist aber auch Glied des Internationalen Lutherischen Rates und darin der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) verbunden.

bo

USA: Kieschnick erfolgreich operiert

LCMS-Präses erholt sich von Tumoreroperation

Bochum, 3.12.2001 [selk]

Der Präses der Lutherischen Kirche-Missouri Synode Gerald B. Kieschnick ist am 30. November aus dem Barnes-Jewish Hospital in St. Louis entlassen worden. Am 26. November hatte er sich einer Prostataoperation unterziehen müssen, bei der ein Tumor entfernt wurde.

„Ich lasse mich jedes Jahr einmal gründlich untersuchen,“ sagte Kieschnick, „routinemäßig auch nach meiner Wahl zum Präses im Juli. Es gab bis dahin keine Gründe für irgendeine Besorgnis.“

Die Routineuntersuchung zeigte einen Knoten in der Prostata. Eine Biopsie bestätigte die Anwesenheit eines Tumors in frühem Stadium, der bei der Operation am Morgen des 26. November völlig entfernt werden konnte. Nach seiner Entlassung am Freitag erholt sich Präses Kieschnick zu Hause. Eine weitere Behandlung wurde nicht für nötig erachtet.

„Es ist wichtig, dass wir auf uns selbst Acht geben, den Dienst von Ärzten und die medizinischen Möglichkeiten nutzen, die Gott uns gegeben hat,“ so Kieschnick. „Terry und ich danken für all die Karten, E-Mails und besonders für die Gebete von so vielen aus der Synode.“

bo

Niederlande: „Zusammen auf dem Weg“ tut großen Schritt zur Kirchenfusion

Bochum, 26.11.2001 [selk]

Die gemeinsam tagenden Synoden (Triosynode) der drei „Zusammen auf dem Weg“-Kirchen (Niederländisch Reformierte Kirche, Reformierte Kirche in den Niederlanden und Evangelisch-Lutherische Kirche im Königreich der Niederlande) haben bei ihrer Sitzung vom 22. - 24. November in Lunteren einen weiteren Schritt zur Vereinigung der drei Kirchen getan. Beraten und beschlossen wurden die Teile Bekenntnis und Gottesdienst aus der gemeinsamen neuen Kirchenordnung.

Ein weiterer wichtiger Beschluss der Triosynode war die Auflösung des Deputiertenrates „Zusammen auf dem Weg“. Damit kommt ein wichtiger Teil des Vereinigungsprozesses zum Abschluss. 1973 war der Deputiertenrat von der Niederländisch Reformierten Kirche und der Reformierten Kirche in den Niederlanden geschaffen worden, um theologische und rechtliche Fragen einer Fusion zu klären. Meilensteine war die auch von der Evangelisch-Lutherischen Kirche im Königreich der Niederlande unterzeichnete „Erklärung der Übereinstimmung in Bezug auf das gemeinsame Kirche-Sein“ im Jahr 1986 und die Gründung der Arbeitsgruppe Kirchenordnung im Jahr 1990. In

einem Abschlussdokument seiner Arbeit stellt der Rat fest, dass die Zusammenarbeit der Kirchenleitungen inzwischen so weit gediehen ist, dass sie die Arbeit des Rates übernehmen können. Damit sei seine landesweite Arbeitsaufgabe erledigt. Sechs von neun Kirchenprovinzen seien inzwischen vereinigt. Auf Ortsebene hätten etwa 400 der 1.320 Niederländisch Reformierten und die 857 Reformierten Gemeinden Gemeindeverbände gegründet. Auch einige der 56 lutherischen Gemeinden arbeiteten in diesen Verbänden mit.

„Einheit ist ein Teil der Wahrheit. Beide gehören unauflöslich zusammen,“ sagte Arie Romein, der letztmals für den Deputiertenrat vor der Synode sprach. „Der Zusammenschluss ist kein Endpunkt, sondern der Beginn des Suchens nach einem biblischen Gleichgewicht von Treue zum Bekenntnis einerseits und Erneuerung der Kirche andererseits.“

bo

Österreich: Erstmals Berufung auf Zeit ausgesprochen

Pfarrer Krömer in Schladming wiedergewählt und neu in sein Amt eingeführt

Bochum, 28.11.2001 [selk]

Am 6. Oktober 2001 wurde Pfarrer Gerhard Krömer als erster Gemeindepfarrer der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich nach den neuen kirchengesetzlichen Bestimmungen der Dienstzeitbegrenzung in sein Amt als Pfarrer von Schladming eingeführt. Am 1. Januar 2000 war das neue Kirchengesetz zur Dienstzeitbegrenzung in Kraft getreten, nach dem nicht nur Bischof und Superintendenten sondern auch Gemeindepfarrer für eine Amtsperiode von 12 Jahren berufen werden. Danach muss eine Pfarrstelle neu ausgeschrieben werden, wobei Wiederwahl des bisherigen Amtsinhabers möglich ist. Das neue Kirchengesetz sieht eine Übergangsfrist von 12 Jahren vor, sodass bisherige Stelleninhaber sich spätestens 2012 einer Wiederwahl stellen müssen. Krömer, der schon seit längerer Zeit in Schladming Pfarrer ist, stellte sich sofort der Wiederwahl und wurde so der erste Gemeindepfarrer, der unter den neuen Bedingungen Dienst tut. Die Evangelischen Kirche A.B. in Österreich nutzt die Dienstzeitbegrenzung auch dazu, bei Pfarrer-Neuwahlen Stellen neu zu bewerten. In einer großen Evaluierungsbemühung in den Jahren 1998/99 stellte sich heraus, dass manche Pfarrstellen der Kirche keine 100%-Stellen sind. Die neuen rechtlichen Regelungen machen es möglich, hier flexibler zu reagieren z. B. mit Erhöhung des Religionsunterrichtsanteils in solchen Pfarrstellen. Gemeinden, in denen ein gedeihliches Zusammenwirken mit dem Pfarrer kaum noch möglich scheint, müssen nun auch nicht mehr den spektakulären Weg der Abwahl beschreiten, sondern können bei der nächsten Stellenausschreibung einen anderen Pfarrer wählen.

bo

Österreich: Protestantische Vielfalt im Wandel

Empirische Studie unter Mitgliedern der Evangelischen Kirche in Österreich ergibt differenziertes Bild

Bochum, 20.12.2001 [epdÖ/selk]

Die Evangelische Kirche in Österreich ist in sich vielfältig und differenziert. Das ergibt eine empirische Erhebung unter Mitgliedern der Evangelischen Kirche, die im Rahmen der Langzeitstudie über die Bedeutung von Religion im Leben der Österreicher durchgeführt wurde. Die Ergebnisse wurden am 5. Dezember, in Wien präsentiert.

Die Evangelische Kirche erscheine als eine „komplexe, pluralistische und in sich nicht selten widersprüchliche Einrichtung“, in der der Übergang von der „Religion als Schicksal“ zur „Religion als Wahl“ zwar mit unterschiedlicher Geschwindigkeit, aber insgesamt unrevidierbar ablaufe, so die Studie. Die Vielfalt führt die empirische Untersuchung auf die historische Entwicklung der Evangelischen Kirche zurück. Demnach unterscheidet sie drei Typen von Gemeindegebieten: Toleranzgebiete (z.B. Schladming, Gosau, u.a.), Schwerpunktgebiete (z. B. Villach, Neusiedl/See) und Gemeinden in Großstädten (z. B. Wien, Graz, Linz). Die Studie treffe daher nur bedingt Aussagen über „die“ Evangelischen in Österreich, schränkte der evangelische Theologe Dr. Thomas Krobath bei der Präsentation ein.

Für die Evangelische Kirche konstatiert die Studie einen tiefgreifenden Wandlungsprozess: „Aus einer betont nicht-katholischen, kirchlich-traditionalistischen und ausdrücklich unpolitischen Rückzugsmentalität schälen sich Konturen kritischer Aktualisierungsversuche, einer stärkeren Akzeptanz der Frauen im geistlichen Amt, ökumenische Offenheit und Erwartungen an deutlicheres kirchliches Engagement im sozialpolitischen Bereich heraus“, was auch die Kirchenleitung vor neue Herausforderungen stelle. Krobath: „Gefragt ist ein kirchliches Management, das diese Widersprüche konstruktiv in Bewegung setzen kann.“

Während die Evangelischen in den Toleranzgebieten mehr zur Tradition tendieren und jene in den Großstädten eher auf Veränderung setzen, prallen in den Schwerpunktgebieten diese beiden Tendenzen „hart und oft widersprüchlich“ aufeinander. Christliche Überzeugungen, so die Studie, prägten die Weltanschauungen der Evangelischen „nur wenig“. So vertrage sich etwa der „Glaube an einen persönlichen Gott“ in den Schwerpunktgebieten mit einer überdurchschnittlichen Fremdenfeindlichkeit, während er sich in der Großstädten mit einer überdurchschnittlichen Toleranz verbinde.

Zur Evangelischen Kirche in Österreich gehören 191 Gemeinden Augsburgischen Bekenntnisses mit knapp 340.000 Gliedern und neun Gemeinden Helvetischen Bekenntnisses mit gut 14.000 Gliedern, die von insgesamt 290 Pfarrern und Pfarrern betreut werden. Die sieben Diözesen Augsburgischen Bekenntnisses gehören seit 1947 zum Lutherischen Weltbund.

bo

Äthiopien: Neue lutherische Kirche in Addis Abeba und Umgebung

Bochum, 27.11.2001 [selk]

In und um die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba hat sich eine neue lutherische Kirche konstituiert. Am 17. Januar 2001 wurde die Kirche unter dem Namen Evangelische Kirche Mekane Yesus - Addis Abeba und Umgebung (AA-SECMY) registriert. Nach eigenen Angaben gehören 49 Gemeinden und 40 Predigtplätze mit 62.000 Mitgliedern und 18 Pastoren zu ihr. Präses der neuen Kirche ist Pfarrer Francis Stephanos.

Aus einem Streit über den Gebrauch verschiedener Gottesdienstsprachen in der Äthiopischen Evangelischen Kirche Mekane Yesus (EECMY) im Jahr 1992 war im Laufe der Zeit ein Verfassungskonflikt innerhalb dieser Kirche geworden. Umstritten war dabei das Verhältnis zwischen Gemeindeautonomie und Kompetenzen der Kirchenleitung. Im November 1999 hatten deshalb die betroffenen Gemeinden ein provisorisches Koordinationskomitee gegründet, das ihre Interessen vertreten sollte. Wiederholte Vermittlungsbemühungen blieben ohne Erfolg. So ließen sich die vom Koordinationskomitee vertretenden Gemeinden Anfang dieses Jahres als eigenständige Kirche registrieren.

Partner der EECMY wie der Lutherische Weltbund (LWB) und das Evangelisch-Lutherische Missionswerk, Hermannsburg, bemühten sich weiter um eine Versöhnung der beiden Parteien. Die AASECMY hatte in ihrer Korrespondenz mit dem LWB aber zur Vorbedingung für Gespräche gemacht, dass sie von der EECMY als Kirche anerkannt würde, alle Gerichtsfälle gestoppt würden und der Pensionsfond der Kirche die Einlagen ihrer Angestellten auszahlte. Da das aber gerade die strittigen Punkte sind, deren Klärung am Ende einer Versöhnung stehen könnte, erscheinen diese Vorbedingungen wie eine indirekte Ablehnung jeder Vermittlung.

Nach Einschätzung des langjährigen Äthiopien-Missionars Dr. Hartwig Harms hat die Entwicklung nichts mit Unterschieden in der Theologie, aber einiges mit der Frage der Autonomie der Gemeinden und sehr viel mit äthiopischer Mentalität zu tun: In Konflikten gebe es immer nur Sieger und Besiegte – ein Aufarbeiten von Ursachen oder ein Ausgleich von berechtigten Interessen sei nicht üblich.

Es sei zu befürchten, so Harms, dass nun die Gerichte sprechen werden. Bei den anhängigen Prozessen gehe es einmal um das Recht der AASECMY, weiter den Namensteil EECMY tragen zu dürfen, dann auch um die Frage, wem die Gemeindegassen rechtmäßig zustehen (denn nur wenige Gemeinden sind ganz übergetreten – die meisten nur zu einem größeren oder kleineren Teil) und um Klärung von Eigentumsfragen (Kirchgebäude und Grundstücke sind auf den Namen der EECMY eingetragen). Das zu verhindern, sei das Ziel von Partnermissionen und LWB gewesen. Nun sei aber fraglich, ob das noch möglich sei.

Die EECMY zähle vor der Abspaltung ca. 3,5 Millionen Mitglieder in über 7.100 Gemeinden und Predigtplätzen. Sie galt bisher als die am stärksten wachsende lutherische Kirche weltweit. Zwar hat sich ihr früheres rasantes Wachstum (12-15 Prozent jährlich) in den letzten drei Jahren deutlich verlangsamt, ist mit ca. neun Prozent aber immer noch beachtlich.

bo

Gewalt im Mittleren Osten führt nirgendwo hin

Lutherischer Bischof in Jerusalem fordert Ende der Vergeltung

Bochum, 5.12.2001 [selk]

Tief besorgt über die derzeitigen Gewaltakte im Mittleren Osten zeigte sich Pfarrer Munib A. Younan, Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien (und Palästina) in einem Telefoninterview. „Wohin wird das führen?“ fragte Younan am 4. Dezember. „Das bringt uns nirgendwo hin. Es gibt nur mehr Hass und Vergeltung.“

Younan ist Oberhaupt einer lutherischen Kirche mit 2.000 Gliedern in sechs Gemeinden, fünf davon auf der West Bank, eine in Jordanien. In Ramallah wurde die Lutherische Schule der Hoffnung, die zur Gemeinde der Hoffnung gehört, wegen der Bombenangriffe geschlossen. Es sei zwar möglich irgendwie nach Bethlehem, einer Stadt unter palästinensischer Kontrolle, zu kommen, so Younan, aber es wieder zu verlassen, sei „ein Alptraum“. Die Evangelisch-Lutherische Weihnachtikirche befindet sich in Bethlehem.

Younan äußerte sich, nachdem bei zwei Selbstmordattentaten in Jerusalem und zwei Bombenanschlägen auf Busse in Haifa 25 Israelis getötet und Dutzende verwundet worden waren.

Die israelische Regierung warf Jassir Arafat, den Leiter der palästinensischen Autonomiebehörde, vor, diese Attentate nicht zu beenden. Als Reaktion auf die Anschläge zerstörten israelische Truppen zwei von Arafat benutzte Hubschrauber in Gaza Stadt, wobei drei Palästinenser getötet wurden.

„Bestraft uns nicht als Nation für das, was eine Handvoll Leute tut,“ sagte Younan. „Vergeltung und wieder neue Vergeltung bringt uns nirgendwo hin. Wir erwarten, dass Präsident Bush beide Seiten auffordert, damit aufzuhören.“ Ziel müsse sein, die verschiedenen Parteien an den Verhandlungstisch zu bekommen, wo „Vertrauen zueinander entstehen kann,“ so Younan.

bo

Israelischer Richter gibt Zeit im Steuerstreit um LWB-Hospital

Bochum, 10.12.2001 [selk]

Ein israelischer Richter, der mit einem Steuerstreit zwischen dem Auguste-Viktoria-Hospital, dem Staat Israel und den lokalen Finanzbehörden befasst ist, hat den streitenden Parteien geraten, sich außergerichtlich zu einigen. Dem vom Lutherischen Weltbund (LWB) getragenen Auguste-Viktoria-Hospital drohen Steuer- und Zinszahlungen sowie Bußgelder von etwa vier Millionen US-\$ sowie 350.000 US-\$ jährliche Steuerzahlungen.

Das auf dem Ölberg gelegene Hospital steht jedermann offen, wird aber hauptsächlich von Palästinensern genutzt. Es hat derzeit etwa 100 Betten. Der jährliche Haushalt beträgt ca. 6 Millionen US-\$, davon werden 4 Millionen erwirtschaftet. Der Rest, sowie Mittel für Notfälle wie die derzeitigen bewaffneten Auseinandersetzungen wird

durch Spenden von Kirchen, Hilfsorganisationen und Einzelpersonen getragen, so Craig Kippel vom Vorstand des Hospitals.

Die Steuersache wurde am 25. November vor Gericht verhandelt. Der Richter setzte den Parteien eine Frist bis zum 5. März für eine außergerichtliche Einigung. Dieser Beschluss gebe Zeit, eine Vereinbarung zu finden, so Kippel.

1967 hatte der Staat Israel sich schriftlich bereiterklärt, das Auguste-Viktoria-Hospital von Steuern frei zu stellen. diesen Status hatte das Hospital auch unter jordanischer Herrschaft. Seit Kurzem wird dieser Status von der israelischen Verwaltung in Frage gestellt mit dem Hinweis, dass seit 1975 nur noch das israelische Parlament solche Beschlüsse fassen dürfe.

Eine Niederlage im Steuerstreit wäre ein herber Schlag für die Arbeit des 50 Jahre alten Krankenhauses, so Kippel. Einige Arbeitsbereiche würden dann gestrichen werden müssen.

bo

VON BEKENNENDEN GEMEINSCHAFTEN

Auch Kirchengemeinden können Stiftungen gründen

Von Campenhausen: Reiche Geldgeber nicht „unter Verdacht“ stellen

Hörpel, 22.12.2001 [selk]

Das Stiftungswesen in Deutschland boomt. Dies meldet die Nachrichtenagentur idea. Von den rund 10.000 im Verzeichnis deutscher Stiftungen eingetragenen Stiftungen sind mehr als 4.300 erst in den vergangenen zehn Jahren entstanden. Auf diese Entwicklung hat in Düsseldorf der Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, Axel Freiherr von Campenhausen, Hannover, vor Vertretern des Diakonischen Werkes im Rheinland aufmerksam gemacht. Von Campenhausen, der auch das Kirchenrechtliche Institut der EKD leitet, empfiehlt selbst kleineren Werken und Kirchengemeinden, die Gründung einer Stiftung in Erwägung zu ziehen. „Wenn 1.000 Menschen in einem Jahr je 1.000 Mark spenden, beträgt das Stiftungsvermögen bereits eine Million Mark“, rechnete der Jurist vor. Da solche Spenden steuerlich begünstigt seien, müssten die Geber netto sogar weniger zahlen. Der große Vorteil von Stiftungen sei, dass mit ihnen zeitlich unbegrenzt der vom Stifter benannte Zweck – beispielweise die Förderung eines Altenheims oder der Kirchenmusik – aus den Kapitalerträgen gefördert werden könne.

Nach Ansicht von Campenhausens sind „Stiftungen die Denkmäler des 21. Jahrhunderts“. Menschen verschenkten ihr Vermögen, um mit den Gewinnen aus dem Kapital auf Dauer einen guten Zweck zu unterstützen. Das sei eine „Einbahnstraße“, denn der Stifter gebe sein Geld für immer weg. Der Verbandsvorsitzende kritisierte, dass Gründer und Förderer von Stiftungen in der Öffentlichkeit häufig „unter Verdacht“ stünden, nur steuerliche Vorteile ergattern zu wollen. Tatsächlich müssten Stifter in jedem Fall, ihr Geld opfern, das ihnen hinterher nicht mehr zur Verfügung stehe. Kirche und Gemeinden forderte von Campenhausen auf, ein einladendes Klima für Geldgeber zu schaffen. Statt eine „Atmosphäre des Neides“ gegenüber Reichen zu verbreiten, sollten Stifter beehrt und bedankt werden. Nicht nur der Staat, sondern auch Landeskirchen seien berechtigt, Stiftungen anzuerkennen. Das sei bislang in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt.

ak

STICHWORT: Stiftungen

Als Stiftung wird, laut Darlegung des Evangelischen Pressedienstes, ein Sondervermögen bezeichnet, das gemäß dem Willen des Stifters eigenständig verwaltet wird und dessen Erträge einem bestimmten Zweck zugute kommen. Es kann sich um Geld- oder Grundvermögen, um Aktien oder Firmen handeln. Die Erträge bestehen entsprechend aus Zinsen, Mieten, Pachten oder Dividenden. Das Vermögen selbst darf nicht angetastet werden.

Der Stifter bestimmt in der Satzung den Zweck und die Form der Stiftung. Zu unterscheiden sind vom Staat gegründete Stiftungen des öffentlichen Rechts und Stiftungen des Privatrechts. Eine Stiftung kann auch per Testament gegründet werden. Sie entsteht dann mit dem Tod des Stifters. Die Stiftungsaufsicht, in Niedersachsen die Bezirksregierungen, wacht darüber, dass der Stiftungszweck eingehalten wird. Aufsichtsbehörde kann auch die Kirche sein.

In Deutschland widmet sich nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen in Berlin von den derzeit etwa 10.000 Stiftungen ein Drittel sozialen Zwecken, ein Sechstel der Wissenschaft, ein Siebtel Bildung und Erziehung, ein Achtel Kunst und Kultur. Als bundesweit älteste Stiftung gelten die „Vereinigten Pfründnerhäuser Münster“, die um 900 gegründet wurden. Die größte deutsche Stiftung ist die Robert-Bosch-Stiftung in Stuttgart mit einem Volumen von 5,4 Milliarden Mark.

Der Bundestag hat im vergangenen Jahr mit den Stimmen von SPD und Grünen das Stiftungsrecht modernisiert und beschlossen, dass Bürger künftig bis zu 40.000 Mark steuerfrei an gemeinnützige Stiftungen spenden können. Dieser Betrag ergänzt die bisherige Möglichkeit, fünf bis zehn Prozent des Gesamteinkommens als Sonderausgabe abzusetzen, wenn das Geld gemeinnützigen Zwecken gespendet wird. Auch geerbtes Vermögen bleibt steuerfrei, wenn der Erbe es in eine Stiftung einbringt.

In der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers ist seit März der Pastor Paul Dalby mit der Betreuung einer Stiftungsinitiative beauftragt. Er nimmt diese Aufgabe zugleich auch für die evangelische Hanns-Lilje-Stiftung wahr. In der Septemбераusgabe der evangelischen Mitarbeiterzeitschrift „Dialog“ schrieb er: „Evangelische Bürgerstiftungen sind ein Weg, gemeinsam guten Ideen dauerhafte Formen zu geben.“ Die Stiftungsidee müsse „jahrhunderttauglich“ und auch in 30 oder 100 Jahren noch aktuell sein, forderte Dalby. Ein auf drei Jahre angelegtes Projekt lasse sich mit anderen Mitteln besser lösen. Mögliches Ziel einer Stiftung sei die langfristige Absicherung

der Gemeindefarbeit am Ort. Das Volumen einer Stiftung betrage etwa das 20fache des benötigten Ertrages. Von großen Summen sollten sich Stiftungswillige aber nicht entmutigen lassen: „Ein wenig Erschrecken gehört dazu.“ Nach Angaben des „Dialog“ befinden sich derzeit 65 Stiftungen unter der Aufsicht der hannoverschen Landeskirche. Die älteste von ihnen ist die 1321 erstmals urkundlich erwähnte „Große-Heilige-Geist-Stiftung“ in Uelzen.

ak

Evangelisierung und Globalisierung

Hörpel, 22.12.2001 [selk]

Evangelisation im Zeitalter der Globalisierung ist abhängig von den Gesetzen des Marktes. Das sagte der Religionssoziologe Professor Jean-Pierre Bastian, Straßburg, laut idea bei einer Tagung über „Religion und Menschenrechte“ in Berlin. Es bestehe ein weltweiter Wettbewerb religiöser Gruppen, der „diese zwingt, ihre Lehren den Regeln eines Marktes entsprechend zu verkaufen“. Auch in der Evangelisation werde es immer mehr auf den „schnellen Erfolg“ ankommen. Besonders die Pfingstkirchen seien flexibel und in der Lage, lokale religiöse Besonderheiten in eine globale Expansionsstrategie zu integrieren.

ak

Schulbuchpreis für Kindertherapeutin Christa Meves

Hörpel, 22.12.2001 [selk]

Die christliche Kinder- und Jugendpsychotherapeutin Christa Meves, Uelzen, ist mit dem Deutschen Schulbuchpreis ausgezeichnet worden. Sie erhielt die mit 5.000 Mark dotierte Auszeichnung laut idea für ihr 1970 erstmals erschienen Buch „Erziehen lernen“, das seither in 13 Auflagen mit 220.000 Exemplaren verbreitet wurde. Die 1998 aktualisierte Ausgabe gibt der Resch-Verlag, Gräfeling (bei München), heraus. Der Bestseller war vor allem in den 70er und 80er Jahren den ideologisch verunsicherten Eltern eine geistige Orientierung. Nach Ansicht der Autorin setzt die Entwicklung von Freiheit und Verantwortung im Erwachsenenalter eine kindgemäße Erziehung voraus. Da sich inzwischen die negativen Auswirkungen einer kollektivistisch geprägten Gleichheitsideologie in der Pädagogik zeigten, gewinne das Hauptwerk von Christa Meves erneut an Aktualität, heißt es in einer Information des Resch-Verlags. Christa Meves war 1987 von der evangelisch-lutherischen zur römisch-katholischen Kirche übergetreten.

ak

Im pinkfarbenen Sarg zur letzten Ruhe

Hörpel, 21.12.2001 [selk]

In der Bevölkerung wächst laut idea der Wunsch, sich individuell zur letzten Ruhe zu betten. Särge in alternativen Formen und freundlichen Farben sind deshalb zunehmend gefragt, teilt der Bundesverband Sargindustrie, Bonn, mit. Viele Menschen wollten etwas von ihrer Identität weitergeben und seien offen für künstlerisch dekorative und ausgefallene Sargmodelle. So habe sich ein Postbeamter „im feingelben Sarg mit Posthorn“ bestatten lassen. Die Hersteller präsentieren auf ihren Internetseiten eine Vielzahl von Modellen von klassisch bis modern. Zum Teil werden die Särge individuell von Designern und Künstlern gestaltet. So kann man sich nach dem Ableben in einem Mahagoni-Vollholz-Sarg von Luigi Collani beisetzen lassen. Solche Designer-Stücke kosten bis zu etwa 10.000 Mark, teilte der Verband auf Anfrage mit. Besonders ausgefallen ist das Modell „Parthenon“ in der Form eines griechischen Tempels. Freunde des Fernen Ostens können sich für einen chinaroten Sarg mit Pflanzenmotiven entscheiden. Dargestellt ist der „Lebensfluss“. Wer es grell liebt, für den empfiehlt sich ein pinkfarbenedes Modell mit schwarzem Holzbeschlag.

Weniger rosig sind die wirtschaftlichen Aussichten der Sargindustrie. Angesichts sinkender Sterbefälle geht der Absatz zurück. Die Zahl der benötigten Särge ist seit 1990 in der Bundesrepublik von 921.000 auf 839.000 im vergangenen Jahr zurückgegangen. Der Umsatz fiel in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um zwölf Prozent, so der Verband. Ihm gehören 60 Betriebe an, die 20 bis 30 Mitarbeiter beschäftigen.

ak

Die Queen lässt Billy Graham zum Ritter schlagen

Hörpel, 22.12.2001 [selk]

Der amerikanische Evangelist Billy Graham wird „Sir Billy“. Die britische Königin Elisabeth II. hat den 83-jährigen Baptistenpastor nach einem Bericht der Londoner Times in den Adelsstand erhoben. Dies meldet die Nachrichtenagentur idea. Den Ritterschlag erteilte ihm in Washington der britische Botschafter Sir Christopher Meyer. Graham leidet unter der Parkinsonschen Krankheit (Schüttellähmung). Nach Angaben des Außenministeriums werde Graham für seinen „gewaltigen Beitrag zum weltlichen und religiösen Leben“ geehrt. Die Königin, auch weltliches Oberhaupt der anglikanischen Kirche, sei „entzückt“ über seine Verkündigung. Sie habe den Evangelisten bei jeder seiner zehn Evangelisationskampagnen in Großbritannien empfangen. Erstmals trafen sie 1955 im Schloss Windsor zusammen. 1984 predigte Graham in Sandringham bei einem Gottesdienst mit der Queen.

ak

„Es kann gar nicht genug Gemeinden geben“

Hörpel, 22.12.2001 [selk]

„Auf dem gemeinsamen Fundament – Jesus Christus – kann es gar nicht genug Gemeinden geben.“ Diese Ansicht vertrat laut idea der Vorsitzende der Evangelischen Allianz in Wetzlar, Pastor Michael Michelfelder, anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Anskar-Kirche Wetzlar am 8. Dezember. Der leitende Pastor der evangelikal-charismatischen Anskar-Kirche Deutschland, Wolfram Kopfermann, Hamburg, betonte, dass jede Gemeindegründung auch neue Bewegung unter die Christen bringe. Wichtig sei, dass „wir das Reich Gottes höher achten als

unsere eigenen Arbeit“. Um missionarische Gemeindegründungen innerhalb der Anskar-Kirche zu unterstützen, gründete die Bewegung am 29. November den gemeinnützigen „Verein zur Förderung von Gemeindegründungen innerhalb der Anskar-Kirche“ mit Sitz in Wetzlar. Aufgabe des Vereins, dessen erster Vorsitzender Kopfermann ist, ist die Unterstützung von Gemeindegründungen durch Gebet, Schulung und Finanzen. Geschäftsführer ist Pastor Olaf Neumann, Wetzlar. Gemeindegründungsprojekte der Anskar-Kirche gibt es derzeit in Marburg, Leipzig und Frankfurt am Main. Die Anskar-Kirche entstand 1988 mit dem Austritt Kopfermanns – er war Hauptpastor an St. Petri im Hamburg – aus der evangelischen Kirche. Zu Anskar gehören heute fünf Gemeinden.

ak

Seemannsmission plant maritime Notfallseelsorge

Hilfe für Betroffene und Rettungskräfte auf See und im Hafen

Hörpel, 21.12.2001 [selk]

Die Deutsche Seemannsmission bereitet sich auf eine maritime Notfallseelsorge vor. „Wir wollen auf Katastrophen wie den Untergang der Estonia oder den Brand auf der Pallas vorbereitet sein“, sagte der evangelische Seemannsdiakon Thomas Hübner am 22. November in Bremen dem epd. Siebzehn Mitarbeiter der Deutschen Seemannsmission aus Europa und Ägypten hatten in einem mehrtägigen Seminar Methoden trainiert, wie Betroffenen und Rettungskräften nach besonders belastenden Unglücksfällen auf See und in Häfen geholfen werden kann.

Zu den möglichen Einsatzfeldern gehören auch tödliche Arbeitsunfälle und die Überbringung von Todesnachrichten. „Das Besondere auf See ist, dass die Besatzung an Bord eine schwierige Situation miteinander durchstehen muss. Erst im nächsten Hafen können die Crewmitglieder mit anderen darüber reden“, erläuterte Hübner. Denkbar sei, dass die Stationen der Seemannsmission enger kooperierten, um Betroffenen auf Schiffen in unterschiedlichen Hafenstädten zur Seite zu stehen.

In Zukunft könnte die Notfallseelsorge der Seemannsmission über die Leitstelle See in Cuxhaven alarmiert werden. Gedacht sei an eine enge Zusammenarbeit mit den Einsatzkräften und den Notfallseelsorgern an Land, ergänzte Hübner. „Doch noch sind wir nicht so weit. Wir müssen erst die Ausbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abschließen.“

ak

„Exerzitien im Alltag“ sollen Bremern Ruhe bringen

Hörpel, 21.12.2001 [selk]

„Exerzitien im Alltag“ sollen im kommenden Jahr Bremerinnen und Bremern wieder Ruhe und Besinnung bringen. Geplant würden regelmäßige Gebets- und Schweigezeiten, sagte am 23. November der theologische Repräsentant der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK), Pastor Louis-Ferdinand von Zobeltitz, laut epd. An dem Projekt in der Passionszeit vor Ostern beteiligen sich die BEK und der Katholische Gemeindeverband in der Hansestadt.

Empfohlen werden etwa 30 Minuten der Besinnung und 15 Minuten für einen Tagesrückblick. Die Teilnehmenden werden mit wöchentlichen Treffen begleitet. Zu den Exerzitien gehören ein Einführungsabend und ein Abschluss-treffen. In diesem Jahr beteiligten sich insgesamt etwa 350 Frauen und Männer, darunter auch Bürgermeister Henning Scherf (SPD) sowie Christine Koschnick, Ehefrau von Altbürgermeister Hans Koschnick.

ak

Christliche Ferieninitiativen erhalten Preis

Hörpel, 21.12.2001 [selk]

Eine evangelische und eine katholische Ferieninitiative aus Baden-Württemberg sind am 29. November von der in Göttingen ansässigen Agrarsozialen Gesellschaft mit dem Preis der Stiftung Tassilo Tröscher ausgezeichnet worden. Dies meldet der Evangelische Pressedienst. Die Aktionen „Landleben live“ des Evangelischen Bauernwerks in Württemberg und „LandLeben“ der Katholischen Landfrauenbewegung der Erzdiözese Freiburg seien „eine mutige, praxisorientierte Initiative, die zur Nachahmung empfohlen werden kann“, urteilte die Jury. Der Preis ist in diesem Jahr mit 6.000 Mark dotiert.

„Landleben live“ und „LandLeben“ organisieren und begleiten Ferientaufenthalte von Jugendlichen auf Bauernhöfen. Die meist aus Städten stammenden Teilnehmer helfen bei der Versorgung der Tiere, bei Aussaat und Ernte sowie im Haushalt. Auf der anderen Seite lernen die Bauernfamilien die städtisch geprägten Jugendlichen und ihre Ansichten kennen. Nach Angaben der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft Landleben, in der sich beide Träger zusammengeschlossen haben, handelt es sich bei „Landleben live“ und „LandLeben“ um bundesweit einmalige Angebote.

Die nach dem früheren hessischen Landwirtschaftsminister Tassilo Tröscher benannte Stiftung vergibt den Preis seit 1992 für beispielhafte wissenschaftliche, publizistische oder organisatorische Initiativen zugunsten ländlicher Regionen. Mit der Abwicklung der Preisverleihung wurde die Agrarsoziale Gesellschaft beauftragt. Mitglieder dieser Gesellschaft sind rund 400 Einzelpersonen sowie 170 Verbände, Vereine und Behörden aus dem gesamten Bundesgebiet, die für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft arbeiten.

ak

Wissenschaftler fordert Spracherziehung im Kindergarten

Hörpel, 21.12.2001 [selk]

Der Bremer Sprachwissenschaftler und Kinderpsychologe Ulrich Holste setzt sich für Spracherziehung schon im Kindergarten ein. In den Familien funktioniere die Weitergabe der Sprache von einer Generation zur nächsten zunehmend nicht mehr, sagte Holste am 19. Dezember in einem Gespräch mit dem epd. „Mit sechs Jahren haben

viele Kinder eine vollkommen unverständliche Aussprache, einen unzureichenden Wortschatz und eine Grammatik auf dem Niveau von Zwei- bis Dreijährigen.“

Das Ergebnis sei eine Sprache, die scherzhaft „Tarzanisch“ genannt werde. „Ich Tarzan, du Jane: Auf diesem Niveau bleibt es teilweise stecken“, sagte Holste. Das sei kein therapeutisches, sondern ein pädagogisches Problem, stellte er einen Zusammenhang mit dem Schulleistungstest PISA her. Die Studie hatte gezeigt, dass deutsche Kinder im internationalen Vergleich besondere Schwierigkeiten mit der Lesekompetenz haben. Der Umgang mit Sprache müsse deshalb schon im Kindergarten so selbstverständlich wie Basteln oder Turnen sein, forderte Holste.

Nach seinen Angaben ist der kindliche Spracherwerb besonders in Familien gefährdet, in denen kaum noch kommuniziert wird, weil die Eltern mit sich selbst und ihrem Überleben beschäftigt sind. Benachteiligt seien Kinder, die viele Medien konsumieren und wenig mit Gleichaltrigen spielen. Probleme hätten auch überbehütete Kinder. Sie könnten wenig ausprobieren und keine eigenen Erfahrungen sammeln. „Ein kompetenter Umgang mit Sprache hat etwas damit zu tun, ob etwas ausprobiert werden kann. Wenn nicht ausreichend Anreize und Gelegenheiten vorhanden sind, bleibt die Sprache Kindern fremd.“

Holste arbeitet als leitender Sprachtherapeut im Bremer Landesverband Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder. Für den Verband hat er eine berufsbegleitende Zusatzausbildung zur Spracherziehung im Kindergarten entwickelt, die bis Mai 2003 dauert. „Wenn Erzieherinnen mit gezielten Angeboten die kommunikative Kompetenz der Kindern verbessern wollen, müssen sie dafür qualifiziert werden“, betonte der 52-jährige Wissenschaftler, der auch promovierter Behindertenpädagoge ist.

ak

Landessuperintendent für Werbeanzeigen im kirchlichen Gemeindebrief

Hörpel, 21.12.2001 [selk]

Der Nienburger Landessuperintendent Arend de Vries hat sich für Werbeanzeigen in kirchlichen Gemeindebriefen ausgesprochen. Dies sei eine gute Möglichkeit, zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschließen, schreibt er laut epd in der evangelischen Mitarbeiterzeitschrift „Dialog“, die Mitte Dezember in Hannover erschienen ist.

„Örtliche Geschäftsleute bekommen zudem die Möglichkeit, für eine Gegenleistung die Gemeindegemeinschaft zu unterstützen“, schreibt de Vries. Allerdings müsse sich eine Redaktion darauf verständigen, wie viele Anzeigen erträglich seien, welche Anzeigen zum Stil des Blattes passen und wo die „Grenzen des guten Geschmacks“ lägen. Gemeindebriefe fänden in der Regel eine fast flächendeckende Verbreitung und seien eine „Visitenkarte“ der Kirchengemeinde.

Auch der Unternehmensberater Steffen Hillebrecht aus München, Autor des Buches „Kirche vermarkten“ im Lutherischen Verlagshaus Hannover, plädierte für Anzeigen. Sie würden sich für den Werbetreibenden letztlich zwar kaum rechnen, seien aber ein „aktives Bekenntnis“ zur Gemeinde. Gegen Werbeanzeigen sprach sich die Gemeindebrief-Redakteurin Hannelore Saaten aus Achim bei Verden aus. In einer Zeit, in der man von Werbung berieselt und manipuliert werde, müssten Gemeindebriefe eine „werbefreie Zone“ bleiben.

ak

75 Jahre VEF: „Leitung ohne Volk“

Hörpel, 22.12.2001 [selk]

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) geht 75 Jahre nach ihrer Gründung in eine ungewisse Zukunft. Das wurde laut idea bei einem Studientag im Rahmen der zweitägigen Jubiläumsfeierlichkeiten am 21. November in Berlin deutlich. VEF-Präsident Wolfgang Lorenz, Berlin, vom Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten- und Brüdergemeinden) sagte, man sei „eine Leitung ohne Volk“. Es sei der VEF bisher nicht gelungen, die Gemeinden für ihre Anliegen zu gewinnen. Man müsse eine neue Arbeitsstruktur suchen. Die VEF sei mehr als eine Arbeitsgemeinschaft, in der sich die Vertreter der Freikirchen gegenseitig über aktuelle Anliegen informierten. Anlass für die offene Aussprache war unter anderem die geringe Resonanz auf das VEF-Jubiläum. Der Berliner Festakt zählte rund 200 Besucher, der Studientag etwa 80. Der VEF-Beauftragte am Sitz der Bundesregierung, der Baptistenpastor Dietmar Lütz, Berlin, erklärte, dass die VEF ihre „Hausaufgaben“ nicht gemacht habe. So sei nicht klar, ob die zwölf Mitglieds- und Gastmitgliedskirchen mit rund 300.000 Mitgliedern etwa zum Lebenspartnerschaftsgesetz oder zum Asylrecht eine gemeinsame Position verträten. Eine mittelfristige Aufgabe sieht er für die VEF darin, für die kleineren, als Vereine konstituierten VEF-Kirchen ein „Dach für die Körperschaftsrechte“ zu schaffen. Der Vorsitzende der Deutschen Evangelischen Allianz, Präses Peter Strauch, Witten, bezeichnete die Struktur der VEF mit dem alle drei Jahre wechselnden Vorsitz im Präsidium als uneffektiv, da es keine Kontinuität durch hauptamtliche Mitarbeiter gebe. Zuvor hatte der methodistische Theologe Karl Heinz Voigt, Bremen, ange-regt, die VEF-Arbeit durch die Anstellung eines hauptamtlichen Sekretärs voranzubringen.

ak

Im Umgang mit dem Islam: Staat und Kirche voneinander trennen

Hörpel, 22.12.2001 [selk]

Der Ethiker und Religionswissenschaftler Professor Thomas Schirrmacher, Bonn, hat Christen aufgerufen, in der Begegnung mit dem Islam Staat und Kirche klar voneinander zu trennen. Als Staatsbürger müsse ein Christ den Staat darin unterstützen, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln das Gewaltpotential des islamistischen Fundamentalismus zu kontrollieren und Muslime wie andere Bürger auch zu bestrafen, die Straftaten begingen oder planten. Als Glied der Gemeinde Jesu sei der Christ aber zugleich verpflichtet, Muslimen die Liebe Jesu und Versöhnung entgegenzubringen sowie die grundlegende Unterschiede zwischen Christentum und Islam verständlich zu machen. Schirrmacher sprach in Bonn auf Einladung der Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland über „Die

Herausforderung des christlichen Abendlandes durch den Islam". Er bemängelte, dass gerade Evangelikale oft in Bezug auf den Islam Kirche und Staat vermischten und damit eines der Hauptprobleme des Islam kopierten. Dieser kenne keine Trennung von persönlicher Frömmigkeit und Politik. „Der Hinweis auf die Gefahr des politischen Islamismus ist keine Entschuldigung für die Faulheit der Christen in Bezug auf Gastfreundschaft und Verkündigung des Evangeliums, sagte Schirmmacher.

ak

Nein zu Klassenfahrten: 29 Kinder müssen kirchliche Schule verlassen

Hörpel, 22.12.2001 [selk]

Neunundzwanzig Kinder müssen die evangelische Birger-Forell-Realschule in Espelkamp (Ostwestfalen) verlassen, weil sich die Eltern aus Glaubensgründen gegen den Zwang wehren, sie an mehrtägigen Klassenfahrten teilnehmen zu lassen. Dies meldet der Informationsdienst der Evangelischen Allianz am 26. November und wortgleich am 6. Dezember. Der Schulträger, die Evangelische Kirche von Westfalen, hat die Schulverträge zum 31. Januar gekündigt, weil die Eltern dagegen „gravierend verstoßen“ hätten. Die Teilnahme an Klassenfahrten sei verbindlich. Die betroffenen Familien – meist Mitglieder von Mennoniten-Brüdergemeinden – lehnen Klassenfahrten mit Übernachtungen ab, weil sie befürchten, dass es dabei zu sexuellen Frühbeziehungen, Nikotin- und Alkoholkonsum kommt. Die Eltern sehen deshalb ihre Bemühungen um eine Erziehung nach biblischen Maßstäben gefährdet. Ein Initiator der Elterninitiative gegen den Klassenfahrten-Zwang, Alexander Berg, Espelkamp, sagte auf idea-Anfrage, dass die Eltern die kirchliche Entscheidung respektierten: „Wir nehmen es so hin.“ Zugleich bedauere er, dass sich der Konflikt „so zugespitzt hat“. Die Betroffenen, zu denen auch Berg mit seiner Familie gehört, müssten ihre Kinder nun an einer öffentlichen Realschule anmelden. Er kündigte an, dass die Eltern auch dort eine Teilnahme ihrer Kinder an mehrtägigen Klassenfahrten ablehnen werden. Die nordrhein-westfälischen Behörden hatten wegen solcher Weigerungen wiederholt Bußgelder verhängt. Berg rät, gegen die Bescheide Einspruch einzulegen. Ihnen würden Rechte vorenthalten, die ihnen nach der Verfassung und den Gesetzen zustünden. Berg warf Schulleitungen und Bezirksregierungen vor, Druck auf eine Minderheit auszuüben. Die Elterninitiative hat rund 8.500 Unterschriften gegen den Zwang zur Teilnahme an Klassenfahrten gesammelt.

ak

NACHRICHTEN AUS DER ÖKUMENE

ÖRK: Kommission zur Orthodoxie erreichte Fortschritte

Budapest/Genf, 4.12.2001 [KNA]

Der Weltkirchenrat will seinen internen Konflikt mit den orthodoxen Kirchen entspannen, indem in Zukunft in sozialen und ethischen Fragen nun mehr im Konsens entschieden wird. Das geht aus dem Protokoll der Plenartagung der „Sonderkommission zur orthodoxen Mitarbeit im Ökumenischen Rat“ hervor, die im ungarischen Berekfürdő getagt hatte und von Metropolit Chrysostomos von Ephesos und der dänischen lutherischen Superintendentin Anne Marie Aagaard geleitet wurde.

Die Spannungen zwischen Orthodoxen und Protestanten im ÖRK eskalierten vor drei Jahren, als die orthodoxen Kirchen Georgiens und Bulgariens aus dem ÖRK austraten. Auf dem Gebiet der Moralthologie sind die Hauptkonfliktfelder zwischen Orthodoxen und Protestanten im ÖRK gleichgeschlechtliche Beziehungen („Segnungs-Frage“) und Abtreibung. Auf ekklesiologischem Gebiet geht der Konflikt vor allem um die Frauenordination. In einer vielbeachteten „Erklärung von Thessaloniki“ drückten die orthodoxen Kirchen 1998 ihre Unzufriedenheit über den Weltkirchenrat aus. In dem Text unterstrichen sie einerseits ihre lange ökumenische Tradition und ihre intensive Mitarbeit im ÖRK, andererseits beklagten sie die gegenwärtigen ÖRK-Strukturen, die eine angemessene orthodoxe Beteiligung erschweren. Sie kritisierten die Stagnation „in den multilateralen theologischen Diskussionen zwischen Christen“, den liturgischen Sprachgebrauch im ÖRK, die Ordination von Frauen und die Begünstigung von Homosexuellen. Der ÖRK hat sich in diesen Fragen nach Einschätzung der Orthodoxen zu sehr dem „säkularen Zeitgeist“ angepasst. Auch verlangten sie eine Änderung der Entscheidungsstrukturen im Rat. Derzeit würden kleine lokale Kirchen im Verhältnis zu den zahlenmäßig dominierenden orthodoxen Mitgliedskirchen begünstigt.

Als Reaktion beschloss der ÖRK die Einrichtung einer orthodox/protestantischen Gesprächskommission. Sie befasst sich jetzt mit den orthodoxen Anfragen und versucht, Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Im Kommuniqué der Tagung von Berekfürdő heißt es, die Sonderkommission habe diesmal „erhebliche Fortschritte erzielen“ können. Es sei Einigkeit darüber erzielt worden, welche Formen der Entscheidungsfindung innerhalb des Rats unangefochten bleiben würden: Einstimmigkeit; Mehrheitsentscheidung, wobei die Minderheit die vorangegangene Diskussion als fair bestätigt; Protokollierung der verschiedenen Standpunkte; Vertagung; schließlich Beendigung der Diskussion, weil keine Entscheidung erreicht werden kann. Die Kommission plant eine weitere Plenartagung vom 27. Mai bis 2. Juni 2002 in Helsinki, um einen Schlussbericht für den ÖRK-Zentralausschuss auszuarbeiten, der im September 2002 in Genf vorgelegt werden soll.

(k-n)

Ökumenischer Kirchentag 2003

Bonn, 4.12.2001 [KNA]

Das Motto des Ökumenischen Kirchentags vom 28. Mai bis 1. Juni 2003 in Berlin lautet: „Ihr sollt ein Segen sein“. Zum Abschluss des Kirchentags ist ein ökumenischer Gottesdienst ohne Abendmahlsfeier geplant. Stattdessen solle eine noch nicht festgelegte Symbolhandlung die „Hoffnung auf ein gemeinsames Abendmahl ausdrücken“, sagte der Beauftragte der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Volkmar Deile, kürzlich in Berlin. Wie der Beauf-

tragte des Erzbistums Berlin, Prälat Roland Steinke, ergänzte, wird dabei möglicherweise auf die Symbolik der Taferneuerung zurück gegriffen. Auch der alte Brauch der Fußwaschung sei im Gespräch. „Wir suchen nach etwas, das die Konfessionen verbindet und nicht trennt“, so Steinke. Das Programm des Kirchentags wird nach Angaben Deiles in vier Themenbereiche gegliedert. Sie lauten „Glauben bezeugen – im Dialog leben“, „Einheit suchen – in Vielfalt einander begegnen“, „Menschenwürde achten – die Freiheit wahren“ sowie „Welt gestalten – in Verantwortung handeln.“

(k-n)

Meinungsaustausch zwischen Moskauer Patriarchat und mongolischen Buddhisten

Moskau, 4.12.2001 [KNA]

Der russisch-orthodoxe Patriarch Aleksij II. ist in Moskau mit dem Khambo Lama, dem spirituellen Oberhaupt der Buddhisten in der Mongolei, zusammengetroffen. Der Khambo Lama besucht mit einer Delegation mongolischer Buddhisten die Russische Föderation.

Bei Begegnungen der mongolischen Delegation mit dem Patriarchen und mit Metropolit Kirill von Smolensk, dem Chef des Außenamts der russisch-orthodoxen Kirche, wurde die Bedeutung des „religiösen Faktors in den internationalen Beziehungen“ unterstrichen. Metropolit Kirill berichtete über die Ergebnisse seiner jüngsten Ostasien-Reise und unterstrich die Zusammenarbeit zwischen Orthodoxen und Buddhisten in der Russischen Föderation (in der kalmükischen, der tuwinischen und der burjätischen Republik gibt es heute wieder starke buddhistische Gemeinschaften). Der Khambo Lama erinnerte an die historischen Beziehungen zwischen der russisch-orthodoxen Kirche und der buddhistischen Glaubensgemeinschaft in der Mongolei. Beide Seiten betonten die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den traditionellen Religionen „angesichts der doppelten Herausforderung durch Globalisierung und Terrorismus“, wie es in einer Presseerklärung des Moskauer Patriarchats heißt.

Metropolit Kirill hatte im Juli seinerseits mit einer Patriarchatsdelegation die Mongolei besucht; er war in Ulan Bator auch mit Staatspräsident N. Bagabandi und im buddhistischen Hauptkloster Gandan Tegchilen mit dem Khambo Lama zusammengetroffen. Bei seinem Mongolei-Besuch legte der Metropolit den Grundstein für eine weitere orthodoxe Kirche in der mongolischen Hauptstadt. In einem Interview erinnerte der Metropolit von Smolensk daran, dass die russisch-orthodoxe Kirche ab der Mitte des 19. Jahrhunderts in der Mongolei präsent gewesen sei und dass es bis 1929 vier orthodoxe Kirchen im Land gegeben habe. Diese Kirchen seien dann ebenso wie die buddhistischen Gebetsstätten im Zug der kommunistischen Religionsverfolgung zerstört worden.

(k-n)

DIAKONIE-REPORT

„Abenteuer Zukunft – Leben in Würde“

Neunte Aktion „Hoffnung für Osteuropa“ wird eröffnet

Fuldabrück, 14.12.2001 [dw-selk]

Am 17. Februar 2002 wird in Karlsruhe die 9. Aktion „Hoffnung für Osteuropa“ bundesweit eröffnet. Gastgeberin ist die Evangelische Landeskirche in Baden. Das Leitwort der 9. Aktion lautet: „Abenteuer Zukunft – Leben in Würde.“ In dem Aufruf für die Aktion heißt es u.a.: Die Zukunft Europas ist und bleibt ein Abenteuer mit offenem Ausgang – voll Chancen und Risiken. Wir nehmen dankbar zur Kenntnis, dass der wirtschaftliche Fortschritt und die wirtschaftliche Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union voranschreitet. Doch davon profitiert bisher nur ein kleinerer Teil der Bevölkerung. Speziell Bevölkerungsgruppen, die aufgrund mangelnder Ausbildungschancen, ihres Alters, einer Behinderung, einer chronischen Krankheit oder auch wiederkehrender Naturkatastrophen nicht voll am wirtschaftlichen Leben teilhaben können, verarmen und verelenden dagegen in erschreckendem Maße. Ihr Überleben wird zum täglichen Abenteuer und ihre Würde wird häufig krass missachtet.

Es ist das Ziel der von allen Landes- und vielen Freikirchen getragenen Aktion „Hoffnung für Osteuropa“, dazu beizutragen, ein Leben gerade für die Menschen zu ermöglichen, die im „Abenteuer Zukunft“ zurückzufallen drohen.

Unterzeichner des Aufrufs sind für die Träger der Aktion Präses Manfred Kock (Evangelische Kirche in Deutschland), Präsident Jürgen Gohde (Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland), Diakoniedirektor Armin Zielke (Diakonische Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen), Kirchenrat Dr. Karl-Christoph Epting (Gustav-Adolf-Werk), Oberkirchenrat Claus-Jürgen Roepke (Martin-Luther-Bund) und Landesbischof Ulrich Fischer (Evangelische Landeskirche in Baden).

Z-1

Schutz von Frauen und Kindern

Diakonie begrüßt Gesetz

Fuldabrück, 17.12.2001 [dw-selk]

Das Diakonische Werk der EKD hat sich positiv zu dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz zum Schutz von Frauen und Kindern gegen häusliche Gewalt geäußert. Bei Brutalität hinter geschlossenen Türen müssten in Zukunft nicht mehr die Opfer, sondern die Täter die gemeinsame Wohnung verlassen, erklärte das Hilfswerk der evangelischen Kirche am 9. November in Berlin. Jährlich suchten etwa 45.000 Frauen und ihre Kinder Zuflucht in einem der rund 400 Frauenhäuser in Deutschland. Der Bundestag hatte das Gesetz am 8. November beschlossen.

Diakonie-Präsident Jürgen Gohde bezeichnete Gewalt als Unrecht, das nicht nur die Opfer, sondern auch die Täter entwürdigte. Gewalt von Männern in Familie, Ehe und Partnerschaft hinterlasse oft lebenslange körperliche und seelische Verletzungen bei den betroffenen Frauen und Kindern, so die Diakonie weiter.

Gohde forderte neben dem neuen Gewaltschutz-Gesetz einen Ausbau des Hilfsangebots für die Opfer. Viele Frauen seien durch langjährige Gewalterfahrungen traumatisiert und benötigten intensive Begleitung. Daher werde sich die Bedeutung von Frauenhäusern und anderen Beratungseinrichtungen in Zukunft noch erhöhen.

Nach Angaben der Diakonie bieten allein 38 evangelische Frauenhäuser Hilfe bei der Neuorientierung für die weitere Lebensgestaltung.

Z-I

Zahl der Hospize verdreifacht

„Revolution der Mitmenschlichkeit“

Fuldabrück, 18.12.2001 [dw-selk]

Die Zahl der Hospize in Deutschland hat sich, wie epd sozial meldet, in den vergangenen fünf Jahren von 30 auf 95 mehr als verdreifacht. Damit sei eine „Revolution der Mitmenschlichkeit“ in Gang gekommen, sagte die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Hospiz, Gerda Graf, auf einer Tagung von Medizinerinnen und Theologen am 19. November in Schleswig. Das Ziel der Hospizbewegung sei eine ganzheitliche, also auch seelische Betreuung der sterbenden Patienten. An einer derartigen Pflege und Betreuung bis zum Tod, wie sie in den Hospizen geleistet werde, mangle es noch oft in Krankenhäusern und Altenheimen.

Die Vorsitzende der Hospizbewegung bedauerte den geringen Bekanntheitsgrad der Hospiz-Idee. Laut einer Umfrage wisse nur jeder fünfte Deutsche von der Möglichkeit, Schwerstkranke vor ihrem Tod von professionellen Pflegekräften und Ehrenamtlichen zugleich begleiten zu lassen. Damit drohe den neu entstehenden Hospizen eine „Ghettoisierung“ wie Krankenhäusern und Altenheimen, mahnte Graf.

Z-I

Bundestag beschließt Finanzierung ambulanter Sterbebegleitung ab 1. Januar 2002

Ehrenamtliche Hospizgruppen befürchten Nachteile

Fuldabrück, 17.12.2001 [dw-selk]

Am 15. November beschloss der Bundestag die notwendigen Gesetzesänderungen zur Finanzierung ambulanter Hospizgruppen. Die Koalition stimmte, wie epd sozial meldet, dafür, die Opposition dagegen, obwohl auch sie die Notwendigkeit der Finanzierung anerkennt.

Beschlossen wurde die finanzielle Förderung der ambulanten Hospizarbeit. Sie wird über eine Ergänzung des Artikels 39a im Sozialgesetzbuch V (Gesetzliche Krankenversicherung) geregelt. Danach haben die Krankenkassen ab dem 1. Januar 2002 die ambulante Hospizarbeit mit 0,15 Euro pro Versicherten zu fördern. Der Betrag soll jährlich um 0,05 Euro steigen bis auf 0,40 Euro im Jahr 2007. Das Geld ist als Zuschuss zu den Personalkosten zu verwenden. Die Förderung ist an Voraussetzungen geknüpft:

- Die ehrenamtlichen Hospizgruppen müssen mit „palliativmedizinisch erfahrenen Pflegediensten und Ärzten zusammenarbeiten“.

- Sie müssen „unter der fachlichen Verantwortung einer Krankenschwester, eines Krankenpflegers oder einer anderen fachlich qualifizierten Person stehen, die über mehrjährige Erfahrung in der palliativmedizinischen Pflege oder über eine entsprechende Weiterbildung verfügt“.

- Die Hospizgruppen sollen „palliativpflegerische Beratung durch entsprechend ausgebildete Fachkräfte“ erbringen und die Schulung, Koordination und Unterstützung (z. B. durch Supervisionen) der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sicherstellen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Hospiz begrüßte die Regelungen, während die BAG der Freien Wohlfahrtsverbände, der Deutsche Caritasverband und das Diakonische Werk die Fördervoraussetzungen ablehnen, weil sie fürchten, dass die Hürden für ehrenamtliche Gruppen zu hoch sind. „Die überhöhten Voraussetzungen würden viele Hospizgruppen von der Förderung ausschließen“, kritisierte etwa die Caritas in ihrer Stellungnahme. Die Begleitung der Hospizgruppen durch bezahlte Fachkräfte müsse unabhängig von palliativmedizinischen Anforderungen bezuschusst werden. Die palliativpflegerische Beratung gehöre zur Krankenbehandlung. Hinzu komme, dass gerade in der Palliativmedizin ärztliche und pflegerische Fachkräfte überall fehlten. Dieses Defizit könne und dürfe nicht durch die „Verplanung“ von ehrenamtlichen Helfern behoben werden.

Eine Gefährdung des Ehrenamtes fürchten auch die Gesundheitspolitiker der CDU/CSU-Fraktion. Sie forderten – vergeblich – eine Klarstellung im Gesetz, „dass auch ambulante Hospizdienste, die keine palliative Beratung anbieten, förderungswürdig sind“.

Z-I

Für Demenzkranke monatlich 900 Mark

Bundestag verabschiedet neues Gesetz zur häuslichen Pflege

Fuldabrück, 17.12.2001 [dw-selk]

Der Bundestag hat nach einer Meldung von epd sozial das so genannte Pflegeleistungs-Ergänzungs-gesetz (PflEG) verabschiedet. Vor Inkrafttreten am 1. Januar 2002 braucht es noch die Zustimmung des Bundesrates.

Nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ zielt das Gesetz darauf, Frauen (und Männer) zu entlasten, die demenzkranke Angehörige pflegen. Sein Hauptgewicht legt es auf die Verbesserung der ambulant unterstützenden Infrastruktur zur Betreuung der zumeist alten Patienten. Außerdem beinhaltet das PflEG Regelungen zur Finanzierung der ambulanten Hospizarbeit durch die gesetzlichen Krankenkassen ab 2002.

Nach dem PfIEG erhalten Demenzkranke, die zu Hause versorgt werden, ab dem 1. April 2002 jährlich 460 Euro (rund 900 Mark) zusätzlich zu den Leistungen der Pflegeversicherung. Das Geld muss zweckgebunden ausgegeben werden, beispielsweise für eine Tagespflege, die Teilnahme an einer Betreuungsgruppe oder die Unterstützung durch ehrenamtliche Helferinnen.

Mit zehn Millionen Euro jährlich (rund 20 Millionen Mark) sollen die gesetzlichen Krankenversicherungen die Erweiterung und den Aufbau von Angeboten für Demenzkranke und ihre Angehörigen finanzieren. Länder und Kommunen sollen sich in gleicher Höhe beteiligen. Die Beratung der pflegenden Angehörigen wird verstärkt. Im Gesetz selbst werden die Mehrausgaben für die soziale Pflegeversicherung mit 280 Millionen Euro und für die private Pflegeversicherung mit 9,2 Millionen Euro pro Jahr angegeben (rund 600 Millionen Mark insgesamt). Zum Vergleich: Die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung insgesamt betragen im Jahr 1999 16,4 Milliarden Euro, die der privaten rund drei Milliarden Euro.

Z-I

Niedriglohngruppen in der Diakonie möglich

Bundesarbeitsgericht bestätigt Tarifkompetenz

Fuldabrück, 18.12.2001 [dw-selk]

Nach einer Meldung von epd sozial hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) die 1998 in die Arbeitsvertragsrichtlinien der Diakonie eingeführten Lohngruppen gebilligt. Mit seinem für die Diakonie grundlegenden Urteil bestätigte das BAG gleichzeitig das Recht der Arbeitsrechtlichen Kommission des Diakonischen Werks, verbindliche Arbeitsvertragsrichtlinien zu erlassen.

Die Leiterin der Abteilung Recht beim Diakonischen Werk in Stuttgart, Birgit Adamek, begrüßte die Regelungskompetenz der Arbeitsrechtlichen Kommission. Im Ergebnis stellt das BAG die Kommission den Schieds- oder Schlichtungsstellen des Vertrags- beziehungsweise Tarifrechts gleich. Diese können verbindliche Regelungen für Vertragsparteien treffen. In der höchstrichterlichen Urteilsbegründung heißt es dazu: „Auch paritätisch zusammengesetzte unabhängige Kommissionen können bestimmungsberechtigte ‚Dritte‘ sein.“

Eine solche unabhängige Kommission sei die Arbeitsrechtliche Kommission des Diakonischen Werks, die je zur Hälfte mit „Dienstnehmervertretern“ und „Dienstgebervertretern“ besetzt ist. Das Argument, es fehle an einer wirklichen Parität, weil auf Dienstnehmerseite auch ein Geschäftsführer und ein Personalleiter vertreten seien, wies das BAG damit ab.

Allerdings schreibt das Gesetz vor, solche Regelungen „nach billigem Ermessen zu treffen“, sprich: Willkürliche oder einseitige Schiedssprüche oder Kommissionsentscheidungen sind nicht gedeckt. Deshalb hatte das BAG auch die konkrete Entscheidung zu prüfen: die Einführung der neuen Berufsgruppeneinteilung in den Arbeitsvertragsrichtlinien.

In Anlehnung an den Bundesangestelltentarif (BAT) sahen die Richtlinien früher einen automatischen Anstieg der Löhne und Gehälter mit dem Dienst- und Lebensalter vor. Mit der Neuerung wurden diese Steigerungen von bis zu 800 Mark in den unteren Lohngruppen zum 1. September 1998 aufgehoben und so dauerhafte Niedriglohngruppen eingeführt. Kommissions-Geschäftsführerin Adamek schätzt die Zahl der Betroffenen auf 5.000 bis 8.000. Auf Grund einer Übergangsregelung erhielten sie eine Zulage in Höhe der Differenz zwischen neuem Niedriglohn und ihrem letzten Einkommen nach der alten Regelung. Die allgemeinen Lohnerhöhungen werden jedoch bis 2003 hälftig und danach voll auf die Zulage angerechnet, wodurch diese allmählich aufgezehrt wird.

Im Diakonischen Werk sind bundesweit 400.000 Menschen beschäftigt. Die meisten diakonischen Einrichtungen wenden die Arbeitsvertragsrichtlinien an. Hintergrund war die Beobachtung, dass die Einrichtungen immer häufiger einfache Tätigkeiten auslagerten oder an Fremdfirmen vergaben. Mit der Neuerung sollten trotz steigenden Kostendrucks die ungelernten Beschäftigten in der Diakonie gehalten werden.

Mit ihrer Klage meinte eine Stationshilfe eines diakonischen Krankenhauses in Berlin, die Neuregelung verlange den niedrigsten Lohngruppen ein einseitiges Sonderopfer ab und sei daher unzulässig. Wie jedoch das BAG entschied, war die Schaffung einer an der gewerblichen Wirtschaft orientierten Vergütungsstruktur mit dem Ziel, ungelernte Arbeitsplätze innerhalb der Diakonie zu erhalten, „keine offenbar unbillige Entscheidung“.

Z-I

INTERESSANTES ANGEZEIGT

Theologe, Buchautor und Liedermacher Kurt Rommel wurde 75

Hörpel, 22.12.2001 [selk]

Der württembergische Theologe, Buchautor und Liedermacher Kurt Rommel (Weil der Stadt bei Stuttgart) hat am 20. Dezember sein 75. Lebensjahr vollendet. Bis zum Eintritt in den Ruhestand 1991 war er laut idea 17 Jahre lang Chefredakteur des Evangelischen Gemeindeblattes für Württemberg. Rommel hat mehrere Bücher zu religiösen Themen veröffentlicht. Vor kurzem fasste er seine Erfahrungen in dem Band „Von der Lust und Last des Alters“ zusammen. Von seinen Liedern und Kanons sind vier in den Stammteil des Evangelischen Gesangbuchs und zwei weitere in den württembergischen Regionalanhang aufgenommen worden. Mit sechs seiner Werke ist er in den Jugendliederbüchern und dem Beiheft zum Evangelisch-Lutherischen Kirchengesangbuch der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) vertreten.

ak

Kurz notiert ...

- **Flüchtlings- und Hungerkatastrophe Afghanistan.** – Um Überweisung von Spendenmitteln für die Betroffenen auf das Dauerkonto Katastrophenhilfe des DW-SELK unter dem Stichwort „Afghanistan“ wird dringend gebeten: DW-SELK – Evangelische Kreditgenossenschaft Kassel; Kontonummer 48 80 – BLZ 520 604 10

Z-I

KURZ UND BÜNDIG

aus der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK)

PERSONALIA

Pfarrer Michael Pietrusky (50), bisher Berlin-Wedding, wurde am 8.12.2001 in Heldrungen durch Superintendent Norbert Rudzinski, Erfurt, unter Assistenz der Pfarrer Dr. Klaus Engelbrecht, Halle/Saale, und Harald Karpe, Uelzen-Klein Süstedt, in das vakante Pfarramt des Pfarrbezirks Sangerhausen-Heldrungen-Eisleben eingeführt. Pfarrer Helmut Poppe (53), bisher Dreihausen, wurde am 15.12.2001 in Memmingen durch Superintendent Gerhard Triebe, Landau, unter Assistenz der Pfarrer Dr. Hans Horsch, München, und Peter Rehr, Nürnberg, in das vakante Pfarramt des Pfarrbezirks Memmingen eingeführt. Diakon Walter Wiener (42) wurde am 22.12.2001 in Frankfurt am Main durch Bischof Dr. Diethardt Roth, Hannover, unter Assistenz der Pfarrer Professor Dr. Werner Klän, Oberursel, und Michael Zettler, Frankfurt/Main, zum Pfarrdiakon eingesegnet und als Pfarrdiakon der Stephanus-Gemeinde Frankfurt am Main eingeführt.

S-I

ANSCHRIFTENÄNDERUNGEN

Die Veränderungen beziehen sich auf das Anschriftenverzeichnis der SELK, Ausgabe 2002.

Neigenfind, Helmut, Pfarrer i.R.:

Fax: (0 40) 75 11 01 39 82

Schmitt, Frank-Christian, Pfarrer:

E-Mail: Widdershausen@selk.de

Rost, Gerhard, Dr. theol., LL.D., Bischof i.R.:

Tel.: (0 30) 85 00 03 25

Weber, Wilhelm, D.D., Rev. em.,

E-Mail: eawweber@vhd.dorea.co.za

S-I

+kurz-und-bündig++kurz-und-bündig++kurz-und

- ◆ Im Alter von 87 Jahren ist am 26. Dezember in Hesel (Ostfriesland) **Elisabeth Rahjes verstorben**. Sie war die Ehefrau des 1975 emeritierten und 1989 verstorbenen Hermann Rahjes, der als Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Freikirche und der SELK in Sottrum und Bagband-Hesel tätig war.

+kurz-und-bündig++kurz-und-bündig++kurz-und

- ◆ „Sonntags alleine essen ist traurig!“, diese Erfahrung von Senioren der Gemeinde war Ausgangspunkt für ein jetzt gestartetes Projekt der Christusgemeinde der SELK in **Wiesbaden**: Einmal in jedem Monat heißt es dort künftig **„Tischlein deck dich“** im gemeindeeigenen Martin-Luther-Haus. Dahinter verbirgt sich die Möglichkeit, im Anschluss an den Gottesdienst zum gemeinsamen Mittagessen zusammenzubleiben. Das Essen wird vom Deutschen Roten Kreuz geliefert; die eingefrorenen Mahlzeiten werden in einem Convector aufgetaut und dann erhitzt. Der Organisationsaufwand soll damit bewusst in Grenzen gehalten werden. Beim ersten „Tischlein deck dich“ fanden sich 18 TeilnehmerInnen ein. „Nach dem guten Start wollen wir auch die Nachbarn aufmerksam machen und einladen“, sagt der Gemeindepfarrer, Superintendent Wolfgang Schillhahn.

+kurz-und-bündig++kurz-und-bündig++kurz-und

- ◆ Der **Predigtort Wetzlar** im Pfarrbezirk Allendorf/Ulm ist **geschlossen** worden. Ausschlaggebend für die Schließung war vor allem die personelle Entwicklung der sich in Wetzlar sammelnden Gemeindegruppe. In einer Erklärung des Pfarrbezirks heißt es, die Gemeindeglieder, die die Gottesdienste in Wetzlar regelmäßig besuchten, seien bereit, an den Gottesdiensten in Allendorf oder dem Predigtort Dillenburg teilzunehmen. Die Option für eine neue Arbeit in Wetzlar bleibt ausdrücklich erhalten: „Ändert sich die Situation in Wetzlar durch Zuzug oder anderes kann die jetzige Entscheidung jederzeit rückgängig gemacht werden.“

+kurz-und-bündig++kurz-und-bündig++kurz-und

- ◆ **Pfarrer Jürgen Schmidt**, Kassel, ist für die Zeit vom 25. Februar bis zum 1. März vom Predigerseminar in Hofgeismar der **Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck** als **Referent** der SELK zu einem **Pastorkolleg** eingeladen worden. Thema: „Innerprotestantische Ökumene – Kirchen, Gemeinschaften und Weltverantwortung“. Neben ihm werden Vertreter anderer Kirchen beteiligt sein. Jeder Referent gestaltet auf dem Kolleg einen Tag.

+kurz-und-bündig++kurz-und-bündig++kurz-und

- ◆ Der Bezirksbeirat des **Kirchenbezirks Berlin-Brandenburg der SELK** hat die Kirchenvorstände im Kirchenbezirk „verbindlich aufgefordert, im Jahr 2002 in ihren Gemeinden wenigstens **EINE Aktion** durchzuführen, die sich im persönlichen Kontakt an **Nicht- und Wenigzahler** der Gemeinde wendet“. Auslöser für diese Aufforderung war die Tatsache, dass die Einnahmen der Bezirkskasse aus den Gemeinden nicht mehr ausreichen, um die Verpflichtungen abzudecken, wie sie vor allem gegenüber der gesamtkirchlichen Allgemeinen Kirchenkasse bestehen, die die Gehälter für die Pfarrer auszahlt.

